



Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

21. Sitzung (nicht öffentlich)

19. Juni 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.30 Uhr

Vorsitzende : Annegret Krauskopf (SPD)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Nachtragshaushalt zum Haushaltsjahr 1997

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2100

Der 47. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410 des Einzelplans 07 werden in der Fassung des Gesetzentwurfs der Landesregierung - Drucksache 12/2100 - mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion angenommen.

Seite

- 2 Pläne der Landesregierung auf Erhöhung der Elternbeiträge und Änderungen des GTK zu den Öffnungszeiten** 4

Dem Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales schließt sich eine Aussprache an.

3 Verschiedenes

- a) **Ausschußreise**
- b) **Terminplanung 1998**
- c) **Weltkindertag 1998**

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 7 des Diskussions-
teils.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Vorsitzende Annegret Krauskopf dem Stenographen des Ausschusses, Herrn Scheidel, im Namen der Ausschußmitglieder zu seiner Eheschließung am 13. Juni 1997.

1 Nachtragshaushalt zum Haushaltsjahr 1997

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2100

Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf teilt mit, am 13. Juni 1997 habe der Finanzminister den Gesetzentwurf dem Nachtragshaushalt unter der Drucksachen-Nr. 12/2100 im Plenum eingebracht. Für die Beratung sei zwischen den Fraktionen ein Zeitplan erstellt worden, der jedoch eine Berichterstattung nach Anlage 3 der Geschäftsordnung des Landtages nicht vorsehe. Aus diesem Grunde seien die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses zur heutigen Sitzung eingeladen worden.

Antonius Rüsenberg (CDU) bittet den Staatssekretär, die in den jeweiligen Titelgruppen aufgeführten Veränderungen - insbesondere zur Abrechnung betreffend Schwangerschaftskonfliktberatung, gesetzliche Krankenkassen und Zuweisungen an die Gemeinden für die Betriebskosten nach dem GTK - zu erläutern und zu begründen.

Staatssekretär Dr. Pröbsting (MAGS) führt aus, nach dem Gesetz zur Hilfe bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen habe eine Frau Anspruch auf Leistung, wenn ihr Aufbringung der Mittel für einen Abbruch nicht zuzumuten sei. Die Krankenkassen übernähmen zunächst die Auslagen. Anschließend erstatte das Land den gesetzlichen Krankenkassen die ihnen aufgrund dieses Gesetzes entstehenden Kosten. Die aktuellen Berechnungen hätten ergeben, daß auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt Erstattungsforderungen einzelner Kassen oder aber kassenärztlicher Vereinigungen für das 4. Quartal 1996 noch ausstünden. Begründet sei dies mit dem relativ neuen Verfahren, das sich zunächst noch einspielen müsse.

Die Höhe der an die Krankenkassen zu leistenden Beträge könne aufgrund mangelnder Angaben seitens der Kassen im Augenblick noch nicht genau beziffert werden. Vorsorglich habe die Landesregierung deshalb in den Landeshaushalt 6 Millionen DM eingestellt. Er, Pröbsting, gehe davon aus, daß es sich dabei um eine Obergrenze handele.

Bei den Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder sei eine Minderausgabe von 8,7 Millionen DM vorgesehen. Das halte die Landesregierung aufgrund des jetzigen Mittelabflusses in diesem Titel für wahrscheinlich. Mit diesen Mitteln sollten die zuvor erwähnten

6 Millionen DM abgedeckt werden. Außerdem würden die verbleibenden 2 Millionen DM zur Feinjustierung verwandt. Angesichts eines Gesamtbetrages von weit über 1 Milliarde DM im GTK-Bereich falle der in Rede stehende Betrag gering aus. Aufgrund des bisherigen Mittelabflusses werde er für verzichtbar gehalten. - **Antonius Rüsberg (CDU)** stimmt zu, daß es sich in der Tat angesichts eines Volumens von 1,59 Milliarden DM um eine marginale Größe handele.

Bernd Tenhumberg (CDU) erinnert daran, im ursprünglichen Haushaltsplanentwurf 1997 seien bereits globale Minderausgaben in Höhe von 166,8 Millionen DM enthalten gewesen. Inwiefern seien Mittel in der Zuständigkeit des KJF-Ausschusses berührt? Ihn interessiere eine titelscharfe Aufstellung. In welcher Höhe werde überdies der KJF-Zuständigkeitsbereich von der neuen globalen Minderausgabe, die sich auf 103,5 Millionen DM belaufe, tangiert? - In welcher Höhe seien bisher aus dem Haushaltsplan 1997 Mittel zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe zugesagt worden?

Die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe, erläutert **Staatssekretär Dr. Pröbsting**, solle wie in den Vorjahren durch Reste in den einzelnen Titeln erfolgen. Das MAGS gehe nach wie vor davon aus, auch in diesem Jahr einen ganz erheblichen Betrag dadurch erwirtschaften zu können und so die globale Minderausgabe zu erbringen. Eine titelscharfe Bewirtschaftung wolle das MAGS noch nicht vornehmen, um jugendpolitische Programme, die bereits gefahren würden, ungeschmälert fortsetzen zu können. Außerdem gebe es eine titelscharfe Zuordnung, wie sie aus anderen Ministerien bekannt sei, im MAGS nicht. Es existiere lediglich eine Aufteilung nach Abteilungen. - Diese Zuteilung auf verschiedene Abteilungen sei für alle Bereiche des MAGS geschehen, bestätigt **Staatssekretär Dr. Pröbsting** auf eine entsprechende Nachfrage des **Oliver Wittke (CDU)**.

Antonius Rüsberg (CDU) fragt, ob auch angesichts der politischen Schwerpunktsetzung in die Zuständigkeit des KJF-Ausschusses fallende Bereiche ausgeschlossen werden könnten, also beispielsweise Teile des Landesjugendplans eine so hohe Priorität besäßen, daß sie nicht tangiert würden.

Selbstverständlich existierten jugendpolitische Schwerpunkte, bestätigt **Staatssekretär Dr. Pröbsting**. Gerade dann, wenn globale Minderausgaben erwirtschaftet werden müßten, müßten diese berücksichtigt werden. Er könne jedoch in der heutigen Sitzung nicht zusagen, daß bestimmte Bereiche ausgeklammert würden. Im Augenblick sehe es jedoch nicht so aus, als müßten Bewirtschaftungsmaßnahmen vorgenommen werden, da die bereits erwähnten Reste hierfür ausreichen müßten.

Bernd Flessenkemper (SPD) bestätigt, das Signal im Zusammenhang mit dem Landesjugendplan könne nicht lauten, dort Kürzungen vorzunehmen. Er habe den Staatssekretär so verstanden, daß das MAGS entsprechend sensibel agieren werde.

Bernd Tenhumberg (CDU) fragt nach der Höhe der gebundenen und bereits abgeflossenen Mittel. Der Rest müsse im Verhältnis zur globalen Minderausgabe gesehen werden.

Regierungsdirektor Lauf (MAGS) erläutert, aufgrund der dezentralen Mittelbewirtschaftung des MAGS könne nicht zu jedem Zeitpunkt ermittelt werden, in welcher Höhe Mittel noch gebunden oder bereits abgeflossen seien.

Diese Aussage führt **Josef Wilp (CDU)** zu der Interpretation, je dezentraler die Mittelbewirtschaftung erfolge, desto unschärfer würden Aussagen des MAGS zu bestimmten Stichtagen. Demgegenüber müsse aber doch dem Ministerium ein wie auch immer geartetes Instrumentarium an die Hand gegeben werden können, um den Mittelabfluß und die noch verfügbaren Mittel feststellen zu können.

Staatssekretär Dr. Pröbsting (MAGS) erwidert, es sei unproblematisch, den Mittelabfluß zu beziffern. Wichtig sei aber auch eine Aussage auf die Frage, wie viele Mittel gebunden seien. Das MAGS sei derzeit dabei, ein entsprechendes Informationssystem aufzubauen.

Zwar sei die Begründung für die Reduzierung bei den Betriebskosten nachvollziehbar und insofern verständlich, bemerkt **Antonius Rüsenberg (CDU)**; nicht zufriedenstellend sei für seine Fraktion auch im Interesse der Maßnahmenträger, daß nicht gesagt werden könne, welche einzelnen Schwerpunkte von einem Beitrag zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe auf jeden Fall ausgeschlossen werden könnten. Konkretere Informationen habe man erwartet. Anlässlich der Haushaltsberatungen 1997 habe die Opposition bereits kritisiert, daß die Berechnungen des Finanzministers nicht realistisch gewesen seien. Vielmehr habe dieser den Haushalt in einer Größenordnung von etwa 1 Milliarde DM "schöngerechnet".

Bernd Flessenkemper (SPD) betont, von "Schönrechnen" könne keine Rede sein. Im Gegenteil hätten die vorsichtigen Schätzungen des Finanzministers und darauf abzielend die Aufstellung der Haushaltspläne bewiesen, daß Nordrhein-Westfalen stets auf der relativ sicheren Seite gestanden habe. Das gelte insbesondere in bezug auf Betrachtungen, die auf anderen politischen Ebenen angestellt werden könnten. Daß es schwierig sei, konturenscharf Einsparungen feststellen zu müssen, brauche er nicht weiter auszuführen. Nach den Ausführungen des Ministeriums gehe seine Fraktion davon aus, daß die für den Bereich des Ausschusses wichtigen Felder ungeschoren bleiben sollten.

Namens seiner Fraktion stellt **Jens Petring (GRÜNE)** fest, daß eine "Übelzufügung" in diesem Bereich habe vermieden werden können. Ausweislich der Berichterstattung sei das Ministerium in der Lage, seinen Beitrag zur globalen Minderausgabe so darzustellen, daß Härten nicht entstünden.